

Ausgabe April / Mai 2008

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Streiks im öffentlichen Dienst haben zum Ergebnis geführt:

Beschäftigte der Stadt sollen endlich etwas mehr im Geldbeutel haben

Die Stimmung bei den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst war gereizt. Auch im Püttlinger Rathaus. Die Kolleginnen und Kollegen fanden die gewerkschaftliche 8-Prozent-Forderung (mindestens jedoch 200 Euro mehr im Monat) vollaufberechtigt. Denn viele spüren am eigenen Geldbeutel, dass der viel gepriesene Aufschwung bei ihnen noch nicht angekommen ist. Sie wissen auch, dass in den letzten Jahren im öffentlichen Dienst keine realen Lohnzuwächse zu verzeichnen waren.

Die Beschäftigten empfanden es als eine Provokation, dass die kommunalen Arbeitgeber lediglich 5 Prozent Tarifierhöhung anboten, bei gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit und immens langer Laufzeit. Weitere Verschlechterungen wären damit vorprogrammiert worden. Aber dabei wollten die Kolleginnen & Kollegen nicht mitspielen.

So war es keine Überraschung, dass sich in der ersten Märzwoche viele Tausende an den gewerkschaftlichen Aktionstagen beteiligten. Kurz vor der 5. Verhandlungsrunde in Potsdam antwortete ver.di mit einer Warnstreikwelle.

Die Beschäftigten legten mehrere deutsche Flughäfen lahm. Hunderte Flüge wurden ganz gestrichen oder verspäteten sich. Von Hamburg über Hannover, Düsseldorf bis Frankfurt/Main, Stuttgart, München und Nürnberg wurde gestreikt.

In allen Bundesländern kam es zu umfangreichen Warnstreiks: 84.000 Beschäftigte streikten z.B. in Nordrhein-Westfalen, 25.000 in Baden-Württemberg, 28.000 in Bayern, 18.500 in Hessen und über 20.000 in Niedersachsen-Bremen.

Auch im Saarland war am 6. März aktiver Kampf angesagt. Mehr als 5.000 Demonstranten erhoben auf dem Saarbrücker Theatervorplatz ihre berechtigten Forderungen. Unter ihnen viele Beschäftigte aus dem Püttlinger Rathaus, den städtischen Kindergärten und der Püttlinger Klinik.

Inzwischen versuchten die Schlichter zu vermitteln: ergebnislos! Neue Verhandlungen in Potsdam wurden notwendig. Sie haben am 31. März ein Ergebnis gebracht, welches die Gewerkschaften für annehmbar halten.

Früh-^{Einladung}
Linksfest 2008

Samstag, 7. Juni, ab 14.00 Uhr
an der Fischerhütte im Kessel-
feld. Auf der Seite 8 finden Sie
Hinweise auf das Programm.

Eine Veranstaltung der
DKP Püttlingen



Der Steuerskandal um Ex-Postchef Zumwinkel hat unlängst die Öffentlichkeit erschreckt. Doch das ist nur die Spitze des Eisberges. Stichworte wie: Betrug, Raffgier, Schmiergeld, Korruption, Rüstung und Krieg sind der Ausdruck für Kapitalismus pur, sie gehören unlösbar zu diesem System. Und immer muss nur das Volk die Opfer dafür bringen. Auf Seite 6 lesen Sie mehr zu dieser Thematik.



Am Morgen des 6. März blieb die Tür zum Kindergarten am Schlösschen geschlossen. Ein Schild verwies auf den Warnstreik, zu dem die Gewerkschaft ver.di aufgerufen hat und an dem sich auch viele Kindergärtnerinnen beteiligten.

Tarifkampf im öffentlichen Dienst:

Kampfbereitschaft hat sich wieder einmal bewährt

Ohne Druck der Basis wäre jetziges Ergebnis nicht möglich gewesen

„Genug gespart“ forderte die Gewerkschaft ver.di in ihren Flugblättern. Die Kassen der öffentlichen Hände seien nämlich gut gefüllt. Auch die Kommunen hätten 2007 einen Haushaltsüberschuss von 6,4 Milliarden Euro. Für 2008 werde mit einem weiteren Überschuss von etwa 4 Milliarden Euro gerechnet.

„Genug verschenkt“ müsste es eigentlich heißen. Denn seit der Einführung der Eichel-Steuerreform im Jahre 2000 addieren sich allein die Steuerausfälle bei der Körperschaftssteuer auf über 80 Milliarden Euro.

Stadtkasse kann und muss Tarifierhöhungen verkräften

Bis Ende des Haushaltsjahres 2008 wird sich das Gesamtdefizit der Stadt Püttlingen auf etwa 31 Millionen Euro belaufen, mit der Tendenz: steigend. Kann die Stadt angesichts dieser Schieflage die gewerkschaftlichen Forderungen überhaupt erfüllen?

Die DKP sagt ja. Denn die Beschäftigten sind nicht für das Defizit verantwortlich. Im Gegenteil. Nur durch deren gewissenhafte Arbeit, durch Sparsamkeit und Effizienz ist es erst möglich gewesen, einen höheren Fehlbetrag zu vermeiden. Und das muss honoriert werden.

Die nachhaltige Sanierung der Stadtfinanzen muss vor allem durch politische Entscheidungen erfolgen, z.B. durch eine Steuerpolitik, die Schluss macht mit Steuergeschenken für Reiche und Kapitalgesellschaften. Dazu gehört auch die Einsparung von Milliarden für Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Wir lehnen es ab, dass die Beschäftigten für politische Fehler in Beugehaft genommen werden. Die MitarbeiterInnen im Rathaus, die Beschäftigten auf dem Bauhof und die Kindergärtnerinnen brauchen höhere Einkommen ebenso wie die Kolleginnen und Kollegen in der Klinik oder anderswo. Das ist gut für den Geldbeutel, stärkt die Kaufkraft in unserer Stadt und kommt damit letzten Endes auch dem Handel zugute.



Das Vermögen der gesamten Milliardärs-Clique in der Bundesrepublik betrug 2005 über 315 Milliarden Euro. Würde der Staat es nur mit 5 Prozent Vermögenssteuer belegen, dann hätte er Mehreinnahmen von über 15 Milliarden Euro.

Vermögenssteuer muss her!

Hinzu kommt: Nachdem bundesdeutsche Landesbanken bei weltweiten Spekulationsgeschäften mitzockten und dabei zig Milliarden verspielten, wird z.B. auf Kosten der Steuerzahler die Mittelstandsbank IKB mit über einer Milliarde Euro gestützt. Die Vorstandsgehälter in den Dax-Konzernen stiegen allein im letzten Jahr um 17,5 Prozent. Geld ist also genug da!

„Wir sind bereit in den Vollstreik zu gehen, wenn die Arbeitgeber sich nicht endlich bewegen“, sagt in Düsseldorf der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Als „völligen Unsinn“ bezeichnet er die Absicht Schäubles, die Arbeitszeit zu verlängern. Denn schon heute müssen viele Busfahrer oder Krankenschwestern bereits mit 55 oder 60 Jahren aus gesundheitlichen Gründen aus dem Berufsleben ausscheiden.

Bereitschaft zum Mitmachen

„So etwas habe ich noch nicht erlebt“, sagte ver.di-Landesleiter Alfred Staudt auf der Streikkundgebung in Saarbrücken (Bild): „Da rufen kommunale Beschäftigte beim ver.di-Büro an und fragen, ob man sie nicht auch zum Warnstreik aufrufen könne“. Das spricht für die große Bereitschaft zum aktiven Kampf. Der ist auch notwendig, denn

die Reallöhne sinken seit Jahren. Hartz IV, steigende Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs und immer mehr prekäre Beschäftigung haben ihren Teil dazu beigetragen. Die Kürzung der Pendlerpauschale, die Erhöhung der Versicherungssteuer und vor allem der Mehrwertsteuer, die steigenden Energiekosten, die merkliche Verteuerung von Grundnahrungsmitteln, die zunehmende Kostenbeteiligung an den medizinischen Behandlungen haben die Geldbeutel der Beschäftigten geleert. Mehr in die Lohn-tüte ist also dringend nötig.

Ergebnis mit Wermutstropfen

Die Arbeitgeber mussten beachtliche Zugeständnisse machen: Lineare Erhöhung, Sockelbetrag und Einmalzahlung bringen ein Ergebnis, das (gerechnet auf die Laufzeit von zwei Jahren) über die 8 Prozent hinausgeht. Aber auch Wermutstropfen sind im Tarifkompromiss enthalten: Die Arbeitszeit wird um eine halbe Stunde auf 39 Wochenstunden erhöht. Nur die Krankenhäuser sind ausgenommen.

Das Ergebnis ist keineswegs makellos. Dennoch sind sich Viele darüber im Klaren, dass es nur möglich geworden ist, weil den Tarifverhandlungen massenweise Streik- und andere Aktionen vorangingen, vor allem war die weitere Kampfbereitschaft unübersehbar.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck

Bundeswehr bei Frauenveranstaltung in Püttlingen:

Frieden und Demokratie kontra Kampfeinsätze

Karriere für junge Frauen am Hindukusch in Afghanistan? Diese Frage stellt sich neuerdings auch in Püttlingen, nachdem bei der ersten „Infobörse für Frauen“ offensiv Werbung für die Bundeswehr gemacht wurde. Einige Anmerkungen dazu.

Erstmals wurde der Internationale Frauentag am 8. März zum Anlass genommen, eine Veranstaltung zu frauenspezifischen Fragen durchzuführen. Die Frauenbeauftragte der Stadt Püttlingen, deren Engagement für die Gleichberechtigung sehr wohl Anerkennung verdient, hatte in die Stadthalle eingeladen. Etwa 40 Einzelstände bei dieser „Infobörse“ klärten über die verschiedensten Bereiche auf: Beruf, Bildung und Karriere, Mitbestimmung, Freizeit und Gesundheit, Kunst und Literatur gehörten zu den wichtigen Themen. Keine Frage, dass hier ein breites Angebot serviert wurde.

Dennoch muss sich Frau Helfgen die Frage stellen lassen, ob sie gut beraten war, ausgerechnet noch einen Infostand der Bundeswehr anzubieten. „Karrierechancen für junge Frauen bestehen auch beispielsweise im Staatsdienst“, heißt es dazu im Öffentlichen Anzeiger (20.3.08), wobei darauf verwiesen wird,

dass bei der Bundeswehr „die Frauenkarriere auch über die Sanitätsgrade hinaus“ möglich ist. In diesem Bereich den Frauen eine berufliche Entwicklung in Aussicht zu stellen, ist zynisch und beleidigend.

Gerade die Bundeswehr, deren Umbau zu einer Interventionsarmee intensiv betrieben wird, die längst über ihren „verteidigungspolitischen“ Auftrag hinausgeht, weil sie auf völkerrechts- und grundgesetzwidrige Weise an Einsätzen gegen andere Staaten beteiligt ist, kann den Frauen keine Chancen auf sichere Karrieren bieten.

Wer angesichts des Bundeswehrein-satzes in Afghanistan von „friedensstiftenden Maßnahmen“ spricht und vorgibt, im Namen von Freiheit und Demokratie“ den humanitären Aufbau vor Ort zu betreiben, macht sich der Lüge schuldig. Denn sie NATO-Länder führen in Afghanistan Krieg. Und zwar alle, völlig unabhängig davon, ob

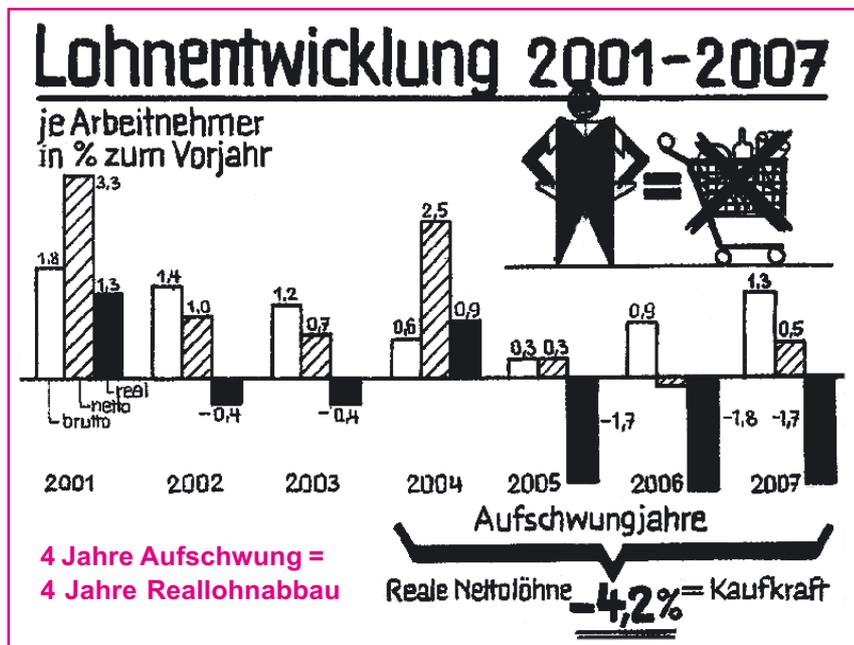


sie mit einem oder mehreren tausend Soldaten präsent sind.

Krieg bedeutet Tod, Verletzungen und unsägliches Leid. Nicht zuletzt auch für die Zivilisten. Diese leiden sogar doppelt: Einmal unter dem Wüten der Waffen, die wahllos töten, und andererseits darunter, daß Milliarden von Dollar und Euro für diese Waffen ausgegeben werden statt für Essen, Medikamente, Wohnungen und Schulen. **Neun von zehn Euro, die aus der EU nach Afghanistan fließen, werden für Militärisches verpulvert.**

Unter diesen Prämissen an Karriere bei der Bundeswehr denken? Ob als Sanitätsdienstgrad, Musikerin oder Wachdienst - immer ist es Dienst in einer Einrichtung, die sich aktiv am Krieg beteiligt, immer ist dabei die Gefahr, selber zum Opfer zu werden. Und das für einen Staat, der den Frauen in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eine echte Gleichberechtigung verwehrt und die Lasten seiner unsozialen Politik vor allem auf die Familien abwälzt.

Es mag sein, dass die Püttlinger Frauenbeauftragte diese Gesichtspunkte nicht bedacht hat. Wir zweifeln auch nicht an der Integrität von Frau Helfgen, die für echte Gleichberechtigung eintritt und dabei den 8. März als sinnvollen „Aufhänger“ betrachtet. Trotzdem bleibt die Tatsache, dass der Internationale Frauentag zwar stets die Frauenrechte an die Spitze gestellt hat, aber von Anbeginn auch ein Tag des Kampfes gegen Krieg und Militarismus, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt war. Das passt mit den Kampfeinsätzen der Bundeswehr in Afghanistan und anderen Einsatzgebieten nicht zusammen.



Viele reden vom Aufschwung. Dieser ist in den Tresoren der Konzerne und den Depots der Geldvermögenden angekommen, nicht aber im Portemonnaie der Beschäftigten. Dort wurden die Löcher größer. Die realen Nettoverdienste pro Arbeitnehmer waren 2007 um 4,2 Prozent niedriger als zu Beginn des Aufschwungs vor vier Jahren. Das bedeutet einen Kaufkraftverlust von fast 100 Euro im Monat, 1.138 Euro im Jahr. Klar ist: Höhere Löhne sind berechtigt!

Ministerin verleumdet Gegner und lenkt von eigenem Versagen ab

Zweiklassensystem lässt grüßen: Nachhilfeunterricht und Privatschulen sind auf dem Vormarsch

Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer - eine Bürgerin unserer Stadt, eine bei offiziellen Anlässen immer hochgejubelte Persönlichkeit, die sich bei jeder Gelegenheit volksnah und menschenfreundlich gibt. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir es bei Frau Kramp-Karrenbauer mit einer Karrierefrau zu tun haben, die offenbar keine Skrupel kennt und rigros die ihr vom Kabinett vorgegebene Linie durchsetzt. Dabei scheint es mit dem Bildungsniveau der christdemokratischen Politikerin gar nicht weit her zu sein. Das wird auch deutlich, wenn man liest, was die Ministerin unlängst auf dem Landesdelegiertentag der CDU-Frauenunion von sich gegeben hat.

Wie die SZ am 25. Februar berichtete, mahnte Frau Kramp-Karrenbauer mit Blick auf das Superwahljahr 2009, sich aktiv zu engagieren. Dabei fand sie „deutliche Worte“ hinsichtlich eines möglichen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine: „Das mögen Gott und wir verhindern. Denn das wäre ein **Verbrechen** an der Zukunft unserer Kinder“.

Es geht hier nicht um Lafontaine, der sich bekanntlich selber helfen kann. Für uns ist der Vorgang erwähnenswert, weil wir es mit einem eklatanten Fall von Ehrabschneidung zu tun haben, es ist ein Beispiel, wie CDU-„Größen“ reagieren, wenn der eigene Futtertrog in Gefahr gerät. Unversehens wird da der politische Gegner zum Verbrecher abgestempelt. Nichts mehr bleibt übrig vom christlichen Menschenbild oder gar von der Achtung der Meinung Andersdenkender.

Auch das noch:

Von der Leyen (CDU) will auch private Kinderbetreuung

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen will die private Kinderbetreuung stärker fördern, damit sich Geschäftemacher eine goldene Nase verdienen können: Nach Informationen der „Frankfurter Rundschau“ sollen künftig nicht nur gemeinnützige Träger staatliche Zuschüsse bekommen, sondern auch gewinnorientierte Betreiber von Krippen und Kindertagesstätten. Anders sei der zugesagte Ausbau der Kinderbetreuung nicht zu schaffen, heißt es im Entwurf des Familienministeriums für das neue Kinderförderungsgesetz.

Weil ein Regierungswechsel im Saarland nächstes Jahr nicht mehr auszu-schließen ist, wird jetzt schon der Vormann der Linkspartei mit allen Mitteln verteufelt. Da wird eine Stimmabgabe für die neue Linkspartei bereits vorab als „Verbrechen an der Zukunft unserer Kinder“ abgestempelt. Damit ja keiner auf die Idee kommt, an solchen Verbrechen mitschuldig zu werden.

Frau Kramp-Karrenbauer täte gut daran, einmal ihre eigene Politik kritisch zu hinterfragen und die CDU-Positionen auf den Prüfstand zu stellen. Nehmen wir die Bildungspolitik im Saarland als Beispiel:

Im Zuge der Grundschulreform wurden mehrere Dutzend Schulen geschlossen. Aber immer noch ist in vielen Schulen die Klassenfrequenz zu hoch, gibt es zu wenig Lehrer. Im Saarland zählte man letztes Jahr über 3.000 Sitzenbleiber, die im Schuljahr 2007/2008 eine „Ehrenrunde“ drehen mussten. Große Probleme gibt es auch an den saarländischen Gymnasien, wo das verkorkte Turbo-Abi in acht Jahren ungezählten Schülern zu schaffen macht. Sie müssen Nachhilfeunterricht in Anspruch nehmen, um den geforderten Stoff zu bewältigen. So was ist doch nicht normal. Das bestätigt auch der SZ-Kommentator in der Ausgabe vom 29.3.2008:

„Mehr als 110 Nachhilfe-Institute im Saarland sind ein Armutszeugnis für die Bildungspolitik“.

Doch nicht nur die Nachhilfeeinrichtungen sind ein Indikator für verfehlte Bildungspolitik im Saarland. Auch die Tatsache, dass es inzwischen 25 Privatschulen im Saarland gibt und demnächst fünf weitere eröffnet werden sollen, machen deutlich, wie beschissen die Schulsituation in unserem Land ist.



Wer seinen Kindern eine ausreichende Bildung sichern will und über das nötige Kleingeld verfügt, lässt ihnen Nachhilfeunterricht zugute kommen oder schickt sie gleich auf eine Privatschule. So ist die Situation heute. Das ist ein vernichtendes Urteil für die staatliche Schule und das Bildungssystem in unserem Land.

Es ist höchste Zeit, das überlebte dreigliedrige Schulsystem abzuschaffen und stattdessen ein einheitliche Gesamtschule als Ganztageseinrichtung mit ausreichendem pädagogischem Programm und Personal einzurichten, die allen Schüler gleiche Chancen bietet. Statt fragwürdiger Begünstigung einer Elitebildung ist die breite Förderung junger Menschen notwendig, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Was sich jetzt mit dem sprunghaften Anstieg von Nachhilfeeinrichtungen und Privatschulen vollzieht, weist auf die Entwicklung einer Zwei-Klassen-Bildung hin. Die Besserbetuchten nutzen Nachhilfe-Institute oder Privatschulen, um ihren Sprößlingen das Vorwärtskommen zu sichern. Gefördert wird dies durch Befreiung der Nachhilfeeinrichtungen von der Umsatzsteuer und Übernahme der Personalkosten für die Privatschulen. Das öffentliche Schulsystem blutet dadurch immer weiter aus. Diejenigen, welche auf die staatlichen Schulen angewiesen sind, werden immer stärker benachteiligt. Am Ende entscheidet allein der Geldbeutel über den Bildungserfolg von Kindern.

Der alltägliche Kapitalismus:

Das System bringt immer neue Ge- und Verbrechen hervor

Manche Leute taten ganz verwundert, als der letzte Steuerskandal bekannt wurde. Dabei ist schon seit Jahrzehnten klar, dass Reiche massenhaft Steuern hinterziehen: 300 bis 400 Milliarden Euro wurden bislang verschoben. Zum größten Teil in die Steueroasen Liechtenstein und Schweiz. Der Steuerbetrug wird noch begünstigt, weil bundesweit etwa 6000 Betriebsprüfer, Steuerfahnder und Innenrevisoren fehlen, wie die Gewerkschaft ver.di unlängst öffentlich kritisiert hat. Elf bis 16 Milliarden Euro beträgt der Schaden, der jährlich durch mangelnden Steuervollzug verursacht wird.

Selbst CDU-Ministerpräsident Müller ist über das „schmarotzerhafte Verhalten“ der Steuer Sünder empört und will die „Raffgier-Mentalität bei Managern“ (SZ 21.2.08) mit schärferen Gesetzen stoppen. Nur: Wer Großkonzerne steuerlich entlastet und eine Vermögenssteuer ablehnt, kann nicht ernsthaft die Raffgier der Reichen bekämpfen.

Nichts ist dem Profit heilig

Im übrigen ist Steuerflucht bzw. Steuerbetrug nur eine Seite der Medaille. Viele Milliarden kassieren die Reichen mit Schmiergeld-Skandalen, durch Spekulation, rücksichtslose Preistreiberei, Ausbeutung, Umweltvergiftung und Liquidierung von Zig-Tausenden Arbeitsplätzen, ganz zu schweigen von offenen und verdeckten Rüstungsgeschäften.

„Der Schmiergeld-Skandal bei Siemens liegt im System“, schrieb die SZ bereits am 18.12.06. In der Tat. Es sind nicht nur die Manager, die jeden Maßstab verloren haben und sich schamlos bereichern. Das sind nur die Köpfe, hinter denen sich das Kapital verbirgt. Es ist nicht nur Siemens oder die Deutsche Bank, oder wer auch immer. Es ist das ganze kapitalistische System, das durch und durch korrupt, parasitär und selbstsüchtig ist. Es ist die kapitalistische Profitlogik, der die Arbeitsplätze, die soziale Sicherheit und die ökologische Existenzgrundlage der Menschen geopfert werden. Das zu bekämpfen bedeutet, den Kapitalismus prinzipiell in Frage zu stellen.



Die Öffentlichkeit reagierte teilweise schockiert auf den Steuerskandal, in den Ex-Postchef Zumwinkel verwickelt ist. Bundeskanzlerin Merkel meinte gar: „Das ist jenseits dessen, was ich mir habe vorstellen können“ (SZ 16.2.08). Entweder ist die Kanzlerin naiv, was kaum anzunehmen ist, oder sie heuchelt, weil sie die Wahrheit bislang negiert hat und am liebsten unter den Teppich gekehrt hätte. Tatsache ist nämlich, dass dieser Skandal nur die Spitze des Eisberges ist und schon viele bisher aufgedeckte Skandale (z.B. Deutsche Bank, Siemens) deutlich gemacht haben, dass in der Kommandozentralen von Banken und Konzernen viel kriminelle Energie verborgen ist. Und nicht wenige Bosse sind nur deshalb hoch angesehen, weil sie bislang noch nicht erwischt wurden. Der Steuerskandal Zumwinkel ist keine Überraschung, das ist der alltägliche Kapitalismus. Man muss es nur mal zur Kenntnis nehmen.

Jetzt wird der Skandal öffentlich zugegeben:

Konzerne schreiben Gesetze selber

Arbeitnehmer haben schon lange das dumpfe Gefühl, dass es bei der Gesetzgebung in Berlin nicht mit rechten Dingen zugeht. Denn immer mehr Gesetze sind wie auf die Konzerne zugeschnitten und extrem arbeiterfeindlich.

Als im Herbst 2006 der Rechtsexperte Volker Beck die Regierung danach fragte, wie es die Bundesministerien mit der Beschäftigung externer Mitarbeiter aus Konzernen und Verbänden halten, wurde frechweg gelogen, dass es so was nicht gebe. Doch inzwischen musste sich die Regierung korrigieren, wie aus der SZ vom 4.4.08 hervorgeht:

„Allein zwischen 2004 und 2006 waren in den obersten Bundesbehörden zwischen 88 und 106 Lobbyisten tätig. In mehr als 60 Prozent der

Fälle standen sie weiter auf den Gehaltslisten ihrer Firma. Das ermittelte der Bundesrechnungshof. Wer glaubt, der Lobbyismus in Deutschland beschränke sich auf die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzen oder vertrauliche Runden mit Abgeordneten, liegt also gründlich daneben - mittlerweile schreiben sich Konzernvertreter in den Ministerien ihre Gesetze selbst.

Der Prüfbericht des Rechnungshofs listet 20 problematische Beispiele auf, in denen Lobbyisten in Ministerien zum Teil mit Vorgängen befasst waren, die unmittelbare Geschäftsinteressen ihres Brötchengebers berührten...“

Da bedarf es keines weiteren Kommentars. Diese Bundesregierung muss gestoppt werden!

Ein Jammer, der viel zum Nachdenken anregt:

100 Jahre Jubiläum und kein Vorstand

Mit einem ökumenischen Gottesdienst, dem sich ein offizieller Festakt anschließt, begeht der Fußballverein 08 Püttlingen am 20. April sein hundertjähriges Bestehen. Es ist der Auftakt zu einer Reihe weiterer Veranstaltungen, die im September mit einer Festwoche abschließen. Ein ganzes Jahrhundert zu überstehen, sich in dieser Zeit unter teils schwersten Bedingungen dauerhafte Verdienste um den Sport und vor allem um die Betreuung junger Menschen zu erwerben, ist eine grandiose Leistung, die man gar nicht hoch genug einschätzen kann. Deshalb verbindet die DKP Püttlingen ihre Anerkennung mit herzlichem Dank und guten Wünschen für die weitere Zukunft.

Zur Erinnerung: In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten sich aus der Arbeiterbewegung heraus zahllose Vereine, welche den Menschen aus den „unteren“ Gesellschaftsschichten die Gelegenheit bieten wollten, sich in ihrer Freizeit sinnvoll zu betätigen: Es entstanden Turn-, Sport-, Gesangs- und Kulturvereine ebenso wie die Naturfreundebewegung. Mehr oder weniger waren alle diese Organisationen bestrebt, die Privilegien der besser Betuchten zu brechen und dem „kleinen Mann“ ein Engagement im sportlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Bereich zu ermöglichen.

So kam es 1890 zur Gründung des Turnvereins Püttlingen, wobei neben dem eigentlichen Turnen schon bald auch der Fußball nicht mehr wegzudenken war. Bereits im Jahre 1908 fand sich eine Schar junger Sportler aus den Reihen des Turnvereins 1890 zusammen, um einen eigenständigen Fußballverein aus der Taufe zu heben.

Der FV 08 Püttlingen musste von Anfang an viel Idealismus und großen Opfergeist investieren, um den ordentlichen Spielbetrieb zu ermöglichen. Einen festen Standort zum Trainieren und Austragen von Freundschaftsspielen gab es zunächst nicht. Dem Verein wohlgesinnte Besitzer von

Wiesen stellten diese zur Verfügung, damit überhaupt gespielt werden konnte. Später wurde dann in der Verlängerung der Derler Straße ein Gelände „In der Lehmkaul“ gepachtet. Dadurch stellte sich die Situation etwas besser dar, eine Dauerlösung konnte es aber nicht bedeuten.

Nach einer Zwangspause infolge des 1. Weltkrieges wurde die Platzfrage wieder aktuell. Die FV-Verantwortlichen sprachen sich für den Standort der heutigen Anlage im Jungenwald aus und konnten mit der Gemeinde eine Vereinbarung treffen.

Unzählige Mitglieder des Vereins gestalteten in monatelanger Handarbeit den neuen Fußballplatz, er konnte zu Ostern 1921 offiziell eingeweiht werden. Mehr als sieben Jahrzehnte dauerte es dann, bevor die Platzfrage erneut in den Mittelpunkt rückte. Nachdem jahrelang mit der Verwaltung gestritten werden musste und die Neugestaltung des Platzes durch politische Querschüsse der schwarzen Ratsmehrheit immer wieder verzögert worden war, konnte endlich der lang ersehnte Rasenplatz im Jungenwald realisiert und Anfang September 1999 feierlich übergeben werden.

Das vergangene Jahrhundert mit seinen zwei Weltkriegen und einer ent-

behrungsreichen Nachkriegszeit haben dem Fußballverein große Aufbauleistungen abverlangt. Da gab es Höhen und Tiefen, die den Traditionsverein, der etliche Zeit auch höherklassig gespielt hat, vor harte Proben gestellt haben. Doch er hat sie immer gemeistert. Das muss auch diesmal gelingen.

Heute verfügt der FV 08 Püttlingen über eine vorbildliche Sportanlage, wofür der Verein erhebliche Eigenmittel und Arbeitskraft der Mitglieder investiert hat. Von manchen Konkurrenten wird er darum beneidet. Der Verein zählt etwa 560 Mitglieder, er unterhält zwei aktive Teams und 17 Jugendmannschaften. Dazu kommen noch eine Mädchen-, eine Damen- und zwei AH-Mannschaften. Und das alles, ohne eine Spielgemeinschaft eingehen zu müssen. Bemerkenswert ist auch, dass die 1. Mannschaft derzeit den 6. Platz belegt und mit jugendlichen Nachwuchsspielern aus den eigenen Reihen bestückt ist. Auf kostspielige Auswärtsspieler wird verzichtet.

Der FV 08 kann eine tadellose Bilanz nachweisen. Denn auch lange schwelende Probleme organisatorischer und finanzieller Art sind weitgehend überwunden. Man schreibt wieder schwarze Zahlen, hat bislang vorhandene Altlasten abgetragen und könnte eigentlich wieder optimistischer in die Zukunft schauen. Man könnte, wenn diese Wermutstropfen nicht wären!

Ausgerechnet im Jubiläumsjahr hat der Verein keinen Vorstand mehr. Bei der Mitgliederversammlung im Februar ist kein Vorsitzender gefunden worden, nachdem sich niemand fand, den bisherigen Mandatsträger wieder in Vorschlag zu bringen. Auch kein zweiter Vorsitzender konnte gewählt werden. So ist der Vorstand völlig offen.

Der bisherige Vorsitzende ist keineswegs unumstritten, obwohl seine Wahl im Januar 2006 ohne Gegenstimmen erfolgte und der Verein inzwischen eine gute Aufwärtsentwicklung genommen hat. Da Ewald Raubuch wenig von Diplomatie hält und die Dinge offen beim Namen nennt, hat ihm das offensichtlich viel Verdruss eingebracht. Auf Anfrage wollte sich Ewald aber dazu nicht äußern, um nicht unnötig Öl ins Feuer zu gießen.

Dennoch fragen sich einige Mitglieder: Gibt es denn im bisherigen Vorstand niemanden, der „genug Arsch in der Hose“ hat, um die strittigen Punkte anzusprechen, die Leistungen des bisherigen Amtsinhabers sachlich darzustellen und klarzumachen, dass es sich nicht um Liebesbeziehungen handelt? Es geht darum, wie der Verein am besten vorwärts kommt. Wenn das mit Ewald Raubuch nicht möglich scheint, muss man es offen aussprechen und eine bessere Lösung finden. Aber nicht das Getue hintenherum!



Werbung als Unterstützung für den Traditionsverein 08 Püttlingen zum hundertsten Geburtstag, welcher derzeit von Personal-Problemen überschattet ist.

Treffpunkt der Linken:

Das ganz besondere Fest in Püttlingen

Ein DKP-Fest wie alle Jahre wieder? In gewisser Beziehung ist das zutreffend, denn die Kommunisten in Püttlingen stellen seit Jahr und Tag unter Beweis, dass sie zu feiern verstehen und das es Spass macht, mit dabei zu sein. Aber in diesem Jahr ist doch manches anders.

Da ist zunächst das Jubiläum. Die Stadt begeht im Mai ihr 40-jähriges Bestehen. Auch die DKP kann im Herbst auf vier Jahrzehnte politischer Tätigkeit zurückblicken. Es liegt also nahe, dass beide Ereignisse auch bei dem Früh-Linksfest eine Rolle spielen.

Neu ist in diesem Jahr, dass eine Delegation der Linkspartei aus der Partnerstadt Senftenberg an unserer Veranstaltung teilnehmen wird. Die DKP, welche vor über 18 Jahren die Partnerschaft mit der Stadt in der Lausitz auf den Weg gebracht hat und seitdem mit den Freunden der dortigen PDS-Fraktion in Verbindung steht, hat die Einladung ausgesprochen, um gemeinsam das Doppeljubiläum zu begehen.

Da es neuerdings auch die Linkspartei in Püttlingen gibt, ist es für uns selbstverständlich, dass wir auch die Püttlinger Linke einladen, sich bei unserem Fest mit den Parteifreunden aus Senftenberg zu treffen.

Wir haben keine Probleme damit, wenn sich Linke aller Schattierungen beim Fest an der Fischerhütte treffen, ihre Meinungen austauschen und vielleicht sogar Überlegungen anstellen, wie man das Verhältnis zueinander und den Umgang miteinander definieren kann.

Die Püttlinger DKP hat bislang keinen Zweifel aufkommen lassen, dass es nützlich ist, wenn sich die Linke in unserer Stadt engagiert, wobei vor allem die Abwehr rechter Politik im Mittelpunkt stehen und die CDU der Hauptadressat der Proteste sein sollte. Die DKP sieht viele politische Berührungspunkte mit der Linken, ist sich aber auch bewusst, dass wir in politischen Grundfragen weitergehende Vorstellungen haben, welche das Wirken unserer Partei geradezu unentbehrlich machen.

Gesprächsstoff ist als genügend da. Und nicht nur das. Essen, Trinken und viel Spass werden dazu beitragen, unser Fest unvergesslich zu machen.

Früh-Linksfest 2008

Samstag - 7. Juni

Einladung

Beginn 14 Uhr

Gespräche

Tombola

Zum Programm

- Begrüßung der Gäste
- Verlosung einer Tombola
- Kaffee und Kuchen
- Spezialitäten vom Grill
- Ausstellung / Infostand
- Möglichkeit zum Gespräch mit der DKP-Fraktion

An der Fischerhütte im Kesselfeld

Zwei Millionen Menschen in Deutschland droht Altersarmut:

Rentenerhöhung um 1,1 % ist ein Hohn

Nach einem Wirtschaftsbericht des ARD-Wirtschaftsmagazins „Plusminus“ sind zwei Millionen Menschen in Deutschland von Altersarmut bedroht. Schon jetzt spüren immer mehr Rentner die Nullrunden der letzten Jahre. Wirksam sind auch die steigenden Beiträge für Pflerversicherung, Zuzahlungen für Medikamente und Preissteigerungen. Dadurch ist die Kaufkraft der Rentner in den letzten 5 Jahren um satte 10 Prozent reduziert worden.

Arbeitgeber-Präsident Hundt betrachtet es als Wahlgeschenk, dass die Renten ab 1. Juli um 1,1 Prozent erhöht werden sollen. Aber nicht nur die Bosse missgönnen den Rentnern diese „Verbesserung“. Vor allem einige jüngere Senk-

rechtstarter aus der CDU/CSU kritisieren die geplante Erhöhung, weil sie auf Kosten junger Beitragszahler gehe. Dieser Schwachsinn kommt vor allem von Leuten, die außer Kreißsaal, Schulsaal, Hörsaal und Plenarsaal noch nichts anderes im Leben kennengelernt und von harter Arbeit keine Vorstellung haben. Skrupellos haben sie ihre eigenen Diäten im Bundestag um 9,4 Prozent hochgesetzt und erheben keinen Protest, wenn Manager im Durchschnitt 17,5 Prozent mehr Gehalt kassieren.

Die 1,1 Prozent ab 1. Juli sind eine Verhöhnung der Rentner, weil noch nicht einmal die Inflationsrate dieses Jahres ausgeglichen wird. Niemand braucht dafür bei der Wahl dankbar zu sein.